Abend-Ausgabe Nr. 594 Montag, 19. Dezember 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 48,44 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentlichem Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf.; außerhalb Dresdens Verkauf nur mit Morgenausgabe

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 7: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die Slowaken hinter ihrer neuen Regierung

97,5 Prozent der Stimmen bei stärkster Wahlbeteiligung

Prag, 19. Dezember.

Die bisher eingegangenen Ziffern der slowakischen Landtagswahlen vom Sonntag bedeuten ein überwältigendes Bekenntnis der slowakischen Bevölkerung für die Regierung. Jastimmen wurden bisher 1 164 000 gezählt, was einem Hundertsatz von 97,5 aller abgegebenen Stimmen entspricht. Bisher sind 58 Kandidaten, darunter die beiden Deutschen, in den slowakischen Landtag gewählt worden. Das Ergebnis von sechs Bezirken steht noch aus.

Der Vorsitzende der slowakischen Regierung, Dr. Tiso, hielt in dem slowakischen Rundfunk eine Ansprache über das Ergebnis der Wahl, wobei er bekanntgab, daß die Wahlbeteiligung ungemein stark gewesen sei. Das Ergebnis übertreffe alle Erwartungen, und es beweise, daß das heute regierende Regime in der Slowakei dem slowakischen Volk weder fremd noch gleichgültig sei, und daß sich die slowakische Regierung auf eine breiteste Zustimmung stütze. Das Ergebnis der Wahl verpflichte auch für die Zukunft. Die Slowakei habe nun ihren gewählten Landtag, der das volle gesetzliche Recht habe, im Namen der Nation zu sprechen und Gesetze erlasse.

Die Prager Montagspresse bezeichnet die slowakischen Wahlen als eine Volksabstimmung. Das slowakische Volk habe denen klar geantwortet, die nach der Münchner Entscheidung ein Plebiszit verlangten, weil sie überzeugt waren, daß die Slowakei sich in einen anderen Staat eingliedern wollte. Der „Becer" schreibt: „Ihre Hoffnungen wurden enttäuscht, und das slowakische Volk erblickt im Rahmen der tschecho-slowakischen Republik die Sicherung seiner autonomen staatlichen Selbständigkeit sowie die Möglichkeit seiner vollen nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Entfaltung." Das Blatt hebt ferner hervor, daß über 200 Gemeinden einhellig die Regierungsliste gewählt haben.

Die Auswanderung der Juden wird gefördert

Was Dr. Schacht in London besprach – Irrige Vermutungen der Auslandspresse

Berlin, 19. Dezember.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist von einem privaten dreitägigen Besuch bei dem Gouverneur der Bank von England aus London zurückgekehrt.

Der Besuch war zwischen den beiden Bankleitern vereinbart worden, weil es dem Gouverneur der Bank von England infolge körperlicher Indisposition während einer Reihe von Monaten nicht möglich war, zu den regelmäßigen monatlichen Zusammenkünften bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel zu erscheinen. Der nunmehrige Besuch gab Gelegenheit, eine Reihe von Dingen zu besprechen, die sich aus dem regelmäßigen dienstlichen und geschäftlichen Verkehr der beiden Institute ergeben.

Bei diesem Besuch hat der Reichsbankpräsident Gelegenheit gehabt, eine Reihe von führenden Herren der City und des öffentlichen Lebens zu sehen, wobei natürlich auch allgemeine wirtschaftliche Fragen berührt worden sind. Die in der ausländischen Presse erschienenen Berichte über angebliche Vorschläge, Pläne usw., die Dr. Schacht entwickelt haben soll, sind reine Vermutungen, da Dr. Schacht es vermieden hat, irgend einen Pressevertreter zu sehen oder Mitteilungen an die Presse zu geben. Insbesondere ist jede Vermutung, ob Dr. Schacht über irgendwelche Kredite gesprochen hätte, irrig. Richtig ist, daß Dr. Schacht gewisse Gedankengänge entwickelt hat, wie man unter Mithilfe der Reichsregierung die Auswanderung der Juden aus Deutschland erleichtern könne, ohne daß jedoch hierfür irgendwelche definitiven Absprachen zustandegekommen sind. Es ist lediglich vorbereitet, daß die Leitung des bekannten Evian-Komitees demnächst mit den deutschen zuständigen Stellen weiterberät.

Türkische Abordnung reist nach Berlin

Ankara, 19. Dezember.

Das offiziöse türkische Blatt „Ulus" beschäftigt sich mit den Auswirkungen des Kreditabkommens mit Deutschland, das gelegentlich des Besuches von Reichsminister Funk vereinbart wurde. Das Blatt meldet, daß eine türkische Abordnung unter Führung des Generalsekretärs im Außenamt, Numan Menemencioglu, am Montag nach Berlin abreise, um die Einzelheiten dieses Abkommens festzulegen und die endgültige Unterzeichnung zu vollziehen. „Ulus" stellt fest, daß die Türkei seit vielen Jahren im Clearingverkehr mit dem Deutschen Reiche stehe, und daß sich diese Beziehungen immer weiter entwickelten, weil Deutschland im Stande sei, der Türkei ihre Rohstoffe und landwirtschaftlichen Produkte abzunehmen im Austausch gegen industrielle Erzeugnisse, die die Türkei benötige. Besonders während der letzten vier Jahre sei der Warenaustausch für beide Teile vorteilhaft gewesen.

Ungarns Ministerrat billigt das neue Judengesetz

Der Justizminister erklärt: Spätestens im Februar rechtskräftig

Budapest, 19. Dezember.

Ein außerordentlicher Ministerrat hat, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, das von der gesamten ungarischen Oeffentlichkeit mit großer Spannung erwartete Judengesetz in seiner gegenwärtigen Form gebilligt. Der Inhalt dieses bedeutsamen Gesetzes wird allerdings frühestens am Dienstagabend im Anschluß an eine Sitzung der Regierungspartei bekanntgegeben werden.

Pressevertretern gegenüber erklärte Justizminister Tasnadi Nagy, es handle sich bei dem in Frage stehenden Entwurf keineswegs um ein bloßes Rahmengesetz. Die Regierung werde vielmehr dem Abgeordnetenhaus einen sehr konkreten Entwurf zur Regelung der Judenfrage vorlegen, und zwar am Donnerstag. Wie aus Kreisen der Regierungspartei verlautet, wird das neue Judengesetz die allgemein-rechtlichen getrennt von den wirtschaftlichen Bestimmungen behandeln. Die Frage, wer als Jude nach dem Gesetz zu gelten hat, werde so geregelt, daß als Nichtjude nur der anzusehen sei, dessen beide Elternteile schon zur Zeit seiner Geburt einer christlichen Konfession angehört haben. Der Anteil an den einzelnen Berufsgruppen werde eine das Interesse der Allgemeinheit berücksichtigende Einzelregelung erfahren. Danach werde der Hundertsatz der jüdischen Bevölkerung entgegen den noch geltenden Bestimmungen nicht generell 20 v. H. betragen, sondern jeweils den Bedürfnissen jedes einzelnen Berufszweiges angepaßt, bis auf 7 v. H. heruntergehen. Das neue Judengesetz werde schließlich spätestens im Februar rechtskräftig werden.

Graf Ciano in Budapest eingetroffen

Budapest, 19. Dezember.

Der italienische Außenminister Graf Ciano ist am Montag um 10,30 Uhr in Budapest eingetroffen. Auf dem Bahnhof fand eine feierliche Begrüßung statt, an der neben einem Vertreter des Reichsverwesers, dem Kultus- und dem Ackerbauminister und den Gesandten Deutschlands, Italiens, Nationalspaniens und Japans eine starke Abordnung des Beamtenstabes des Außenministeriums sowie eine Anzahl führender Persönlichkeiten des Militärs teilnahmen. Nachdem Graf Ciano die Ehrenkompanie der Honveds abgeschritten hatte, bestieg er, von Außenminister Graf Csaky begleitet, der ihm nach Stuhlweißenburg entgegengereist war, den Kraftwagen und fuhr ins Hotel. Die Bevölkerung bereitete dem italienischen Außenminister lebhafte Begrüßungskundgebungen. Einem Aufruf des Oberbürgermeisters folgend, hat die Hauptstadt für die Dauer des viertägigen Besuches für Ciano Flaggenschmuck angelegt.

Wahlerfolg der Deutschen in Lodz

Warschau, 19. Dezember.

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen, die am Sonntag in mehr als 50 polnischen Städten durchgeführt wurden, werden erst am Montagabend auszugsweise vorliegen. Mit einer Bekanntgabe der offiziellen Ergebnisse ist erst für den 28. Dezember zu rechnen. In Warschau beteiligten sich knapp 49 Prozent aller Wahlberechtigten. Bedeutend stärker war die Wahlbeteiligung in anderen Städten. In Lodz und Posen scheint die Wahlbeteiligung bei 60 Prozent, in Pommerellen bei 80 bis 94 Prozent zu liegen.

In Lodz hat die deutsche Einheitsliste einen bedeutenden Erfolg davongetragen. Nach den bisherigen Zählungen haben für die deutsche Liste wenigstens 21 000 Deutsche gestimmt. Danach dürften die Deutschen mindestens sechs Vertreter im Stadtparlament erhalten. Dieser deutsche Erfolg in Lodz wird erst dann deutlich erkennbar, wenn man sich vor Augen hält, daß auf die deutsche Liste im Jahre 1934 nur 18 000, im Jahre 1936 nur 16 000 Stimmen fielen. Die Wahlbeteiligung der Deutschen war auch sehr rege im Vergleich zu der verhältnismäßig sehr schwachen bei den Polen.

Brand im Prager Zoo

Prag, 19. Dezember.

In der Nacht auf Montag brach im Prager Zoologischen Garten ein Brand aus, der einen Schaden von 60 000 Tschechenkronen anrichtete. Die wertvollen Tiere konnten gerettet werden.

Stalin im Film

Auch ein Stalin braucht „Popularität". Zwar zeigt er sich im allgemeinen dem Volke nicht. Kein Palast der Erde ist so gesichert wie der Kreml in Moskau. Wer zum Obergewaltigen der Sowjetunion vordringen will, muß Dutzende von Kontrollen passieren. Verläßt Stalin den Kreml, etwa um sich auf sein Schloß in der Umgebung Moskaus zu begeben, so wird vorher die eigens für ihn gebaute Straße reingefegt von Menschen. Und auch dann rast sein gepanzerter Wagen, überdies von GPU-Fahrzeugen in die Mitte genommen, nur im Hundertkilometertempo über den Asphalt: Attentatsfurcht. Das Blut der vielen, die Stalin beseitigen ließ, ruft nach Rache ....

Stalin? „Väterchen" Stalin? Glauben an ihn noch die russischen Bauern, die Offiziere der Roten Armee, die ihre Kameraden in die Gefängnisse wandern sahen, glauben an ihn noch die alten Kommunisten?

Er muß etwas tun für sein Ansehen, der Mann im Kreml.

Wie macht man das?

Man dreht einen Film.

In diesem Falle einen geschichtlichen. Held des Sowjetfilms ist in der Theorie die Masse; denn was gilt der einzelne? Nichts. So kannte „Panzerkreuzer Potemkin" keinen Star; auch aus „Zehn Tage, die die Welt erschütterten" ragte kein Einzelschauspieler hervor. Aber der Film, den man jetzt fertigstellt, geht andere Wege. Es ist gerade eine Einzelperson, die man herausstellen will. „Lenin 1918" heißt er. Er bildet das Mittelstück der großen Lenin-Trilogie, von der „Lenin im Oktober" als erster Teil bereits vorliegt. Also eine Glorifizierung Wladimir Iljitsch Lenins, des am Sowjethimmel leuchtenden großen Sterns, auf den zu schwören Ehrensache der Kommunisten aller Länder ist? — Gewiß, das auch. Doch das ist nicht die Hauptsache. Wichtig ist vielmehr vor allem, daß überall Stalin gebührend in den Vordergrund tritt. Man weiß, wie Lenin über Stalin dachte und urteilte. Er hielt Stalin niemals für fähig, ein wichtiges Amt zu bekleiden. Vor Stalin warnte er ausdrücklich noch in seinem Testament. Doch der „historische" Film weiß es besser. Seine Hersteller behaupten, er sei mit einzigartiger geschichtlicher Treue aufgebaut. Man habe hierbei keine Mühen gescheut. Sogar der Lokomotivführer und der Heizer des Zuges sind aufgespürt worden und haben mitgewirkt, der Lenin seinerzeit über die finnische Grenze nach Rußland einschmuggelte. Die Treue in Einzelheiten ist unbestreitbar. Allerdings nur, soweit diese Einzelheiten nebensächlich sind. Die Hauptsache aber ist — um alles in der Welt nicht Lenin, sondern Stalin. Der Georgier, der 1918 wenig bedeutete, tritt überall und immerfort auf als der engste Vertraute Lenins. Er ist die rechte Hand des „Vaters der bolschewistischen Revolution", ihn fragt Lenin um Rat. Gerät Lenin in irgendeine Gefahr, so ist der Film-Stalin zur Stelle, um ihn zu schützen. Ist Lenin mißmutig oder verzagt, so richtet Stalin ihn auf. Stalin ist sein guter Geist; ja, Stalin ist derjenige, dem die Sowjetlehre mindestens ebensoviel zu verdanken hat wie dem Einbalsamierten, zu dessen Mausoleum die Sowjetgläubigen und die befohlenen Demonstrationszüge wallfahrten.

Der Lokomotivführer und der Heizer sind da. Nicht im Film vorhanden sind allerdings die Persönlichkeiten, die in der Umgebung Lenins eine wirkliche geschichtliche Rolle spielten. Im Film sind ihnen keine zuerkannt. Mit Ausnahme von Dserschinski und dem Juden Swerdloff hat man sie vergessen. Sie verdienen es ja nicht, der Nachwelt überliefert zu werden, denn die Gerichtsbarkeit Stalins hat sie entlarvt als Konterrevolutionäre, abgefeimte Schurken, Verräter an der reinen Lehre und Faschistenhunde. Sie empfingen längst den berühmten Schuß ins Genick.

Einer lebt noch, der einer der engsten Mitarbeiter um Lenin war. Freilich lebt er im Ausland. Er heißt Trotzki. Dieser, der einst die Rote Armee aufbaute, war eigentlich dazu ausersehen, der Nachfolger Lenins zu werden. Der Film tut, als hätte es einen Trotzki niemals gegeben. Er tritt nicht auf, er wird nicht erwähnt. Dafür aber Stalin. Stalin vorne, Stalin hinten, Stalin überall. Wer es noch nicht glauben sollte, daß bei Stalin das Erbe Lenins in den einzigen legalen und im Sinne des Kommunismus besten Händen liegt, dem wird es durch den Film beigebracht.

Wer aber in Sowjetrußland etwa einen leisen Zweifel daran haben sollte und gar unvorsichtig genug wäre, dieses irgendwie zu erkennen zu geben, den wird man schon überzeugen. Der bekommt den neuen GPU-Chef Beria als Geschichtslehrer. In einem Revolverlauf liegt eine ungeheure Beweiskraft ....

Flugblätter gegen Stalin

Warschau, 19. Dezember.

„Wie „Expreß Poranny" aus Moskau meldet, wurden dort Flugblätter und Plakate verbreitet, die die Regierung, insbesondere Stalin und seine jüdischen Berater, scharf angreifen. Diese Flugblätter wurden besonders in den Moskauer Hochschulen verbreitet. Die GPU hat jetzt im Zusammenhang hiermit über 500 Verhaftungen vorgenommen.